

Kritik an geplantem Kiesabbau in Rehme

Ausschuss für Stadtentwicklung will landwirtschaftliche Flächen entlang der Weser erhalten

WB vom 04.04.2014

■ Von Malte Samtenschnieder

Bad Oeynhausen (WB). Pläne für die Erstellung eines Gewässers im Zuge einer geplanten Kiesabgrabung im Bereich der Weserniederung bei Gut Deesberg sind im Ausschuss für Stadtentwicklung auf große Bedenken gestoßen. Die Stadtverwaltung wurde aufgefordert, gegenüber dem Kreis als Genehmigungsbehörde eine entsprechende Stellungnahme abzugeben.

Die geplante Vorgehensweise der Gut Deesberger Kiesgewinnungs-GmbH & Co. KG stellte Landschaftsarchitekt Wolfram Guhl vom Planungsbüro Kortemeier Brokmann aus Herford vor. »Das geplante Abbaugelände, das in zwei Teilflächen gegliedert ist, erstreckt sich zwischen der A 2 und dem Gut Deesberg auf einer Breite von 150 bis 300 Metern und einer Länge von zwei Kilometern parallel zur Weser«, erläuterte der

Experte. Die vorhandenen Sand- und Kiesschichten mit einer mittleren Mächtigkeit von 7,5 Metern sollen im Nassabbauverfahren gewonnen werden. Dafür ist ein Schwimm-Greifbagger vorgesehen. Der Materialtransport zum Kieswerk, das im Südbereich des Abbaugeländes vorgesehen ist, soll über Schwimm- und Landbänder mit einer Länge von bis zu 2400 Metern erfolgen.

»Der Abtransport des Materials erfolgt per Schiff über die Weser und mittels Lkw über die Vlothoer Straße«, erklärte Wolfram Guhl. Deshalb solle östlich des geplanten Betriebsgeländes ein temporärer Schiffsanleger entstehen. Die Zufahrt für Lastwagen solle über die vorhandene Anbindung an die Vlothoer Straße und eine neue Straße nördlich der alten Ziegelei erfolgen. Im Zuge des Sand- und Kiesabbaus sei zudem der Rückbau eines 240 Meter langen Abschnitts der Weserstraße und einer 270 Meter langen Anbindung nötig.

»Auf dem Areal können nur geringe Kiesmengen gefördert werden.«

Heinz-Wilhelm Reker

»Nach Ende der Abgrabungsarbeiten verbleiben im Abbaugelände zwei Gewässer, die im Zuge der Rekultivierung primär dem Biotop- und Artenschutz dienen sollen«, betonte der Landschaftsarchitekt. Als sekundäre Nutzung sei darüber hinaus eine extensive Naherholung – etwa Angeln und Naturbeobachtung – vorgesehen.

Bei der anschließenden Aussprache hinterfragte Rainer Müller-Held (Grüne) die Ernsthaftigkeit des geplanten Kiesabbaus. In der Vergangenheit habe es für das Areal schon die verschiedensten Pläne »vom Hafen Bad Oeynhausen bis zur Galopprennbahn« gegeben. Eckhard Grummert (Bürger für Bad Oeynhausen) äußerte sich ablehnend über das vorgestellte Konzept. »Ich bin nicht bereit, dafür so viel landwirtschaftliche Fläche zu opfern.« Das sah Heinz-Wilhelm Reker ähnlich. Nicht zuletzt durch den Bau der A 30 und die Bereitstellung der erforderlichen Ausgleichsflächen sei der

Eckdaten zum geplanten Kiesabbau

Das von der Gut Deesberger Kiesgewinnungs-GmbH & Co. KG beantragte neue Abbaugelände für Sand und Kies in der Rehmer Weserniederung umfasst 41,5 Hektar inklusive Randzone. Das Abbaufeld selbst hat eine Größe von 36 Hektar. Das Abbaufeld gliedert sich in einen nördlichen und einen südlichen Teilbereich. Geplant sind zwei dauerhafte Anbindungen zur Weser sowie der Anschnitt des Deesberger

Grabens, der verschiedene Altablagerungen enthält. Die Abbauarbeiten sollen von Süd nach Nord vorgenommen werden. Als Abbaugut sind Kies und Sand vorgesehen. Die mittlere Rohstoffmächtigkeit beträgt 7,5 Meter. Als jährliche Fördermenge werden 180 000 Kubikmeter veranschlagt. Bei einem Rohstoffvolumen von 2,1 Millionen Kubikmetern liegt die Abbaudauer etwa bei elf bis zwölf Jahren.

Umfang der landwirtschaftlichen Flächen in Bad Oeynhausen in der Vergangenheit bereits erheblich zurückgegangen. »Bei Mächtigkeiten von durchschnittlich 7,5 Metern können auf dem 41,5 Hektar großen Areal zudem nur vergleichsweise geringe Kiesmengen gefördert werden«, kritisierte der Christdemokrat. Ihm sei bekannt, dass in anderen Bereichen der Weser, Mächtigkeiten von zehn, zwölf oder 14 Metern üblich seien.

Heinz-Wilhelm Reker: »Deshalb frage ich mich, ob es nicht anderswo Flächen gibt, die für das Projekt besser geeignet wären.«

Dieser Gedanke ging in die folgende Beschlussfassung ein: Die Stadtverwaltung wurde aufgefordert, den Kreis in der zu erstellenden Stellungnahme aufzufordern, vorrangig andere Vorratsflächen entlang der Weser für den geplanten Kies- und Sandabbau zu nutzen, sofern diese existieren.